



Den nunmehr zweiten Antrag stellte die NPD-Fraktion gegen die Privatisierung und den Ausverkauf der Deutschen Bahn.

Seite 2



Im Gespräch mit dem NPD-Fraktionsvorsitzenden über die Ursachen der aktuellen Finanzkrise und nationale Alternativen zum liberal-kapitalistischen System.

Seite 3



Die NPD-Fraktion brachte den Antrag „Antigermanismus bekämpfen“ in den Landtag ein. Systemparteien, Landtagsverwaltung und Presse tobten.

Seite 4

Ausgabe 1 / 2009

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de



Tino Müller, MdL

Meinungsfreiheit?

Schon im Vorfeld sorgte unser Antrag „Antigermanismus bekämpfen“ für Wirbel im „parlamentarischen Hühnerstall“. Ungeachtet des massiven Drängens der Landtagspräsidentin Bretschneider und aller „politisch-korrekten“ Fraktionen des Altparteien-Kartells wurde der Antrag trotz Schwärzung einzelner Passagen nicht zurückgezogen. Die End-Zensur sollte jedoch zum Ende der 56. Landtagssitzung stattfinden:

Nachdem ich mit meiner Rede begann, versuchte Klaus-Michael Körner von der SPD mich vor dem Rednerpult durch Zwischenrufe aus der Ruhe zu bringen. Im Laufe eines Debattenbeitrags erhielt ich zwei Ordnungsrufe, deren Begründung, ich betreibe „Geschichtsfälschung“, an Fadscheinigkeit nicht zu überbieten ist. Als ich die Zusammenhänge von antideutscher Hetze weiter darlegen wollte, entzog mir die parteiische Landtagspräsidentin das Wort. Trotzdem übte ich mein Recht auf freie Rede weiterhin aus. Die Quidung war, daß ich für die nächsten drei Landtags-sitzungen ausgeschlossen wurde. Dies passiert also, wenn entschieden gegen die Herabsetzung und Abwertung unseres Deutschtums Stellung bezogen wird. Schließlich bewies der „Musterdemokrat“ Körner wiederum sein Verständnis vom „couragierten Gutmenschen“, indem er mich mit einem Zwischenruf als „Kinder-schänder“ bezeichnete. Daraufhin erstattete ich gegen diesen niveaulosen Herrn Strafanzeige wegen Beleidigung.

Banken verstaatlichen

Die internationale Krise der Finanzmärkte hat das Ende des skrupellosen Kapitalismus eingeläutet – ein System, das auf Profit, Betrug und Täuschung beruht.

Das ganze Börsensystem gleicht einem überdimensionalen Spielcasino, in dem Wetten abgeschlossen werden. Wer Instinkt hat, ob sich eine Branche entwickelt, setzt einfach einen entsprechenden Einsatz und verdient sich eine goldene Nase. Wer wirkliche Werte schafft, wird einfach abgespeist. Unser Land wird von diesen Glücksspielern verschachert.

Wer im wirklichen Leben nur spekuliert, gilt als Traumtänzer. Für Banken ist die Spekulation Prinzip. Was wir durch harte Arbeit Tag für Tag verdienen und ansparen, das wird von den Banken verspekuliert. Geldinstitute vergeben Kredite, finanzieren Geschäfte, von

Der Kapitalismus bricht zusammen wie ein Kartenhaus



denen immer die gleichen Personengruppen profitieren. Man spekuliert auf dem Börsenparkett mit Geldmengen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

„Wir müssen diesem Wirtschaftssystem vertrauen“. Das predigen uns die Politiker Tag für Tag. Unsere Spareinlagen seien sicher.

Deutschland habe das sicherste Bankensystem der Welt. Ruhe sei die erste Bürgerpflicht.

Wenn heute alle Spareinlagen in bar eingefordert würden, dann würde das gesamte Wirtschaftssystem auf einen Schlag zusammenbrechen. Die derzeitige Krise demonstriert diese Entwicklung.

Eine Bank hat der anderen Geld geliehen. Wenn irgend jemand Bares sehen will, dann bricht das System wie ein Kartenhaus zusammen.

Die NPD-Landtagsfraktion hat deshalb in einem Antrag die Verstaatlichung der Banken gefordert. Der Staat und seine durch das Volk legitimierte Institutionen müs-

sen die Finanzströme kontrollieren. Gewinne haben der Gemeinschaft zugute zu kommen und nicht Börsenspekulanten.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs betonte: „Die derzeitige grundsätzliche Krise des Systems der liberal-kapitalistischen Wirtschaft gefährdet das Allgemeinwohl in erheblichem Umfang. Sparer und Anleger leben in Sorge und bängen um die Früchte ihrer Arbeit. Der hemmungslose Kapitalismus hat zu einer enormen Privatisierung von Gewinnen geführt, während jetzt die Verluste von der Allgemeinheit getragen werden sollen.“

Um diesen Zustand zu beenden, ist eine Vergesellschaftung der Banken erforderlich. Die Finanzwirtschaft muß zukünftig am Wohl des Volkes orientiert sein. Diese Möglichkeit, die inzwischen von zahlreichen Volkswirtschaftlern befürwortet wird, sieht das Grundgesetz ausdrücklich vor.“

„Kormoranpopulation vermindern“

Erneuter Vorstoß zum Schutz deutscher Fischer

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) ist stets dann abwesend, wenn die Anwesenheit seiner Person eigentlich geboten wäre.

So auch in der Debatte um einen Antrag der NPD-Fraktion (Drucksache 5/1962) mit dem Titel „Deutsche Fischer schützen – Fangausfälle durch Kormoranpopulation vermindern“. Spätestens hierbei hat sich der selbsternannte „Schutzpatron“ der deutschen Fischer, der als Fachminister wiederum durch Abwesenheit glänzte, disqualifiziert.

So ist ihm leider entgangen, daß seine am 01. August 2007 in Kraft getretene neue Kormoran-Landesverordnung nur wenig zum Wohl der Fischer beiträgt.

Durch die erhöhte Kormoranpopulation in unserem Bundesland werden von der fischfressenden Vogelgattung jährlich ca. 10.000

Tonnen Fisch aus den Gewässern weggefressen. Dabei gilt die allgemeine Zulassung von Tötungs- und Vergrämungsmaßnahmen

nur an fischereiwirtschaftlich genutzten Binnengewässern und Teichwirtschaften, dagegen nicht an den Küsten. Doch hier verweilen etwa 80 Prozent aller Brutpaare und Durchzügler. Es ist daher unumgänglich, daß die örtlichen Beschränkungen in der Kormoran-Landesverordnung aufgehoben werden müssen.

Das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern bald ohne einheimische Fischer?

Die erhöhte Kormoran-Population ruft erhebliche Fangausfälle hervor. Darüber hinaus müssen Fischer und mittelständische Fischfangbetriebe nunmehr abwägen, ob es sich angesichts der für 2009 von der EU festgelegten Fangquoten überhaupt

noch lohnt, dem klassischen Berufsfischfang zu nachzugehen. Verschärft wird die Situation durch gestiegene Fixkosten: Im Vorjahresvergleich sind die Aufwendungen für Diesel fast um das Doppelte - von 36 Cent je Liter auf nunmehr 70 Cent je Liter! - gestiegen.

Die NPD-Landtagsfraktion versuchte bereits in zwei Anträgen mit den Titeln „Deutsche Ostseefischerei sichern“ (Drucksache 5/1792) und „Piratenfischerei polnischer Fangflotten in der Ostsee verurteilen – EU-Auflagen durchsetzen“ (Drucksache 5/933), Beiträge für den Erhalt der deutschen Ostseefischerei zu leisten.

Alle drei von der NPD-Fraktion eingebrachten Anträge wurden einstimmig von den Blockparteien abgelehnt. Sie tragen damit entscheidende Verantwortung dafür, wenn demnächst kein einziger deutscher Fischer mehr seinen Fang an Land ziehen wird.



Jeder Kormoran frißt am Tag ungefähr ein halbes Kilo Fisch!

Flucht und Vertreibung

Als die Landesregierung mit dem Antrag „Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht angemessen behandeln“ aufgefordert wurde, das Thema verpflichtend in den Lehrplan einzubauen, hatte man die Kommentare der „Demokraten“ schon in den Ohren: „Aufrechnen der Opfer“, „Alteinkriegsschuld“ und andere Totschlag-Argumente würden angeführt werden. Und tatsächlich: Nur um zu verhindern, daß die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße als völkerrechtswidriger Akt dargestellt wird, bediente man sich dieser Ausreden. Es paßt eben nicht in das Weltbild jener Damen und Herren, wenn Deutsche plötzlich keine „Täter“ mehr sind.

In der Begründung des Antrags hieß es:

„Das Bewußtsein für das Schicksal der deutschen Vertriebenen nimmt durch eine Verschiebung der bundesdeutschen Gedenkkultur, die die Deutschen nur als Täter einstuft, dramatisch ab. Andere Bundesländer [...], haben diese Schieflage erkannt und das Thema Ver-

treibung zum Pflichtthema gemacht.

Eine moralische Legitimierung der Vertreibung durch vorhergehende Kriegsergebnisse, wie sie in den Schulbüchern festzustellen ist, bedeutet eine grundsätzliche Billigung von Flucht und Vertreibung als Mittel der Politik. Ein solches Werturteil darf Schülerinnen und Schülern nicht vermittelt werden.“

Die Reaktion des Systems auf diesen Antrag fügt sich nahtlos in jene Kette „demokratischer Rituale“ ein, die von einseitigen Gedenksprachen über die Finanzierung einseitiger Geschichtsbeurteilung bis hin zur ritualisierten Bußstunde für die Opfer des „antifaschistischen Widerstands“ reicht.

Die sich sonst so geschichtsbewußt gebende Politikerkaste reißt sich die Maske immer wieder selbst vom Gesicht. Wenn sie der NPD-Fraktion vorwirft, die Geschichte nur einseitig zu betrachten, vergißt sie dabei, daß gerade in ihrer Sicht auf die Geschichte andere Erkenntnisse und Wertungen als die von den Deutschen als Tätervolk keinen Platz finden.



Archive zur Zeitgeschichte öffnen

Geschichte dominiert unser Leben in allen Bereichen. Wenn man sich etwa gegen eine überhand nehmende Einwanderung wendet, dann heißt es: Denk an die Geschichte... Wenn man sich stolz zu seinem Volk bekennen will, dann wird die Geschichte zitiert, um den Betreffenden zu zügeln. Wer einen Elitebegriff wiederbeleben will, wird an die Geschichte erinnert. Und von Rassen und Völkern „darf“ man nicht sprechen – wegen der Geschichte.

Da müßte man glauben, daß diese Geschichte, es handelt sich vornehmlich um die Zeit zwischen 1933 und 1945, wissenschaftlich aufgearbeitet ist wie keine andere. Zur Geschichtswissenschaft gehört, wenigstens die letzten zweihundert Jahre, das Quellenstudium. Jede zugängliche Quelle muß erschlossen und bewertet

werden, um zu einem Urteil über historische Ereignisse zu kommen. Finden sich neue Dokumente, muß ein bestehendes Urteil womöglich revidiert werden.

Diese grundlegende Regel gilt jedoch für die Geschichtsschreibung des Dritten Reiches nicht. Ergebnisse, wie etwa die Frage des Kriegsausbruches, sind für diesen Zeitabschnitt durch Strafvorschriften geregelt. Weitere Befragungen wissenschaftlicher Ergebnisse werden erschwert, indem Archivbestände noch heute gesperrt sind.

Dies veranlaßte die NPD einen Antrag auf Öffnung sämtlicher Archive zu stellen. Betroffen sind davon auch Bestände, die zur mecklenburgischen und pommerschen Vertreibungsgeschichte Auskunft geben könnten.

NPD bringt zweiten Antrag gegen Bahn-Ausverkauf ein

(Privatisierungs-) Wahn erfaßt die Bahn

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist ein dünnbesiedeltes Flächenland. Punkt. Dies ist anscheinend für die abgehobenen Altpolitiker kaum Anlaß genug, die hauptsächlich negativen Auswirkungen einer Privatisierung der Deutschen Bahn für die Menschen unserer Heimat ernst zu nehmen.

Der mit einer Privatisierung verbundene Börsengang der Deutschen Bahn AG mutet wie ein Harakiri an. Die Fraktion der NPD begegnete dem volkswirtschaftlichen Selbstmord mit einem Antrag („Börsengang der Deutschen Bahn AG verhindern“, Drucksache 5/1960). Denn nur politische Blinde können verkennen, daß der geplante Börsengang ein von den Systemparteien in Kauf genommenes Hasardspiel ist – auf Kosten des Volkes und zugunsten der Profitinteressen weniger.

Eine bereits 1994 in Großbritannien erfolgte Privati-



sierung des Bahnwesens mußte 2002 rückgängig gemacht werden. Die privaten Betreiber waren schon ein Jahr nach dem Rückzug des Staates an die Börse gegangen. Nachdem sie umgerechnet 6 Milliarden Euro Schulden angehäuften, kam, was kommen mußte: der Konkurs. In der Zwischenzeit bezuschulte der britische Staat den Schie-

nenverkehr trotz alledem mit jährlich umgerechnet 19 Millionen Euro. Streiks, Verspätungen und Zugunfällen konnte damit jedenfalls nicht Einhalt geboten werden. Der Schuldenberg wird nach diesem Wahnsinn vom Steuerzahler abgebaut werden müssen.

Eine funktionstüchtige Bahninfrastruktur ist auch

für die Mobilität der Mecklenburger und Pommern, insbesondere für jene, die sich kein Auto leisten können, von enormer Bedeutung. Die Folgen einer vornehmlich an Renditeinteressen ausgerichteten Bahn wären:

- ▶ unprofitable Bahnstrecken werden geschlossen;
- ▶ um die Rendite in die Höhe zu treiben, wird das Personal weiter ausgedünnt;
- ▶ das Bahnhofs – und Schienennetz wird weiter abgebaut.

Bereits im September 2007 hatte die NPD-Fraktion einen Antrag gegen die Bahnprivatisierung gestellt, um einen Gang auf das rutschige, spekulative Börsenparkett verhindern zu helfen. Nun ist die Finanzkrise da – jedoch von Einsicht bei den Herrschenden keine Spur. Beide Male stellten sich die etablierten Parteien quer und lehnten ab.

Keine Steuergelder für Großkonzerne

Subventionsruinen wie die CD-Werke in Dassel, der „Snow-Fun-Park“ in Wittenburg und der „Zukunftspark“ in Niekritz sind Glieder in einer Kette verfehlter Förderpolitik. Verfehlt deshalb, weil die Entwicklungen in den Unternehmen vom Land offensichtlich nicht entsprechend begleitet und eingeschätzt wurden. Eine richtige Kontrolle fehlte und so wird immer erst reagiert, wenn das Kind schon fast auf dem Grunde des Brun- nens angekommen ist.

Aber damit nicht genug: Es ist schon erstaunlich, wie brav auch Mecklenburg-Vorpommern das 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket für die Hochfinanz absegnete und weiterhin willig ist, das 50 Milliarden schwere

Konjunktur-Paket ebenfalls abzugeben. Nutznießer davon wären wieder einmal die Falschen, und zwar die international agierenden Großkonzerne.

Ein Beispiel: Die Adam Opel AG „Deutschland“ mit ihren Werken in Rüsselsheim, Eisenach, Bochum, Kaiserslautern und Dudenhofen. Dieses ehemals deutsche Traditionsunternehmen ist in den Konzern General Motors komplett integriert. Was also passiert mit den möglicherweise vom Steuerzahler bereitgestellten Geldern zur Rettung der Opelaner? Verbleiben sie im Land? Wohl kaum! Daher:

Keine Unterstützung von ausländischen Großkonzernen in der BRD!

Im Rahmen der Landtagsdebatte zum Antrag „Keine Steuergelder für Großkonzerne“ (Drucksache 5/1964) fordert daher die NPD:

- ▶ ein Sofortprogramm des Landes zur Stärkung der Kapitaldecke für kleine und mittlere Unternehmen;
- ▶ Steuerstundungen für notleidende Handwerksbetriebe, die aufgrund von hohen Außenständen Liquiditätsprobleme haben;
- ▶ eine Aufklärungskampagne über Fördermöglichkeiten für Klein- und Mittelstandsbetriebe;
- ▶ die Einführung eines Mindestlohnes von 8,80 Euro Brutto plus Inflationsausgleich;

▶ eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, endlich die Zahlungen an die EU rapide zurückzufahren, um die frei werdenden Mittel zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe einzusetzen.

Damit wäre gewährleistet, was der Chef der Hapag Lloyd forderte: Unternehmen in der BRD, die „betriebswirtschaftlich reinrassig deutsch“ bleiben.



Luxus-Sanierung

Die Systemparteien diskutieren seit längerem eine kleine „Auffrischung“ des Plenarsaales, zunächst einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Je nach Geschmack konnten sich die Vertreter von CDU, SPD, FDP oder Linke vorstellen, etwa bis zu 6,5 Millionen Euro für die Sanierung auszugeben.

Die NPD-Fraktion fand, daß man über solche Summen doch besser öffentlich debattieren sollte und beantragte, die „Umbaupläne zur Luxus-sanierung des Plenarsaales“ offenzulegen. Und siehe da, der Antrag kam in den Geschäftsgang und die Zeitungen nahmen sich des bis dahin unter der Decke gehaltenen Themas an. Das war natürlich „reiner Zufall“.

In seiner Debattenrede konfrontierte der NPD-Abgeordnete Stefan Köster das Plenum mit der Kritik der NPD: In Zeiten knapper Kassen müsse man Sanierungsmaßnahmen auf das allernötigste beschränken. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider machte in ihrer Antwort deutlich, was für sie „lebensnotwendig“ ist: Zum Beispiel eine Klimaanlage.

„Die Zeit für einen radikalen Wandel ist da“

Im Gespräch mit dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs

Herr Pastörs, welche grundsätzliche Position bezieht Ihre Fraktion zur Bankenkrise?

Zunächst schlage ich vor, daß wir das Wort Bankenkrise in diesem Zusammenhang aus unserem Wortschatz streichen. Handelt es sich doch um einen Tanz um das goldene Kalb, bei dem sich eine ganze Epoche zu Tode verausgabt. Sie kostet das Hier und Jetzt in vollen Zügen aus, ohne nach dem Morgen zu fragen, wie es in einem kritischen Aufsatz zur aktuellen Finanzsituation heißt.

Die Globalisierung wurde uns als neuer Wohlstandsquell für alle angepriesen. Globalisierung heißt aber neben freiem Menschen- und Dienstleistungsverkehr auch, die letzten Fesseln für den Kapitalverkehr zu lösen. Die Folgen sehen wir jetzt.

Und man kann es nicht oft genug betonen: Das Geld hat nicht die Menschen erfunden, sondern die Menschen das Geld, damit es ihnen dienstbar sei. Im jetzigen globalistischen System hat sich das Geld die Völker dienstbar gemacht, sie förmlich versklavt und über Zins und Zinseszins verknechtet. Das Ganze wird dann, welch Treppenwitz der Geschichte, auch noch mit Phrasen wie „Freiheit“ und „Demokratie“ verkauft. Fragt sich nur, für wen? Insofern lobe ich mir die entwaffnende Offenheit eines bekannten hebräischen Geldverleihers. Der sagte einst: „Man übertra-

ge mir das Recht der Geldschöpfung in einem Land und mich interessiert seine Staatsform nicht mehr.“ Mittlerweile saugt eine weltweit agierende Finanzmafia noch den Rest der Volkswirtschaften aus, in denen der Mittelstand eine regelrechte Ausschlachtung erfährt. Den Multis aber, von Politik und Medien unterstützt, wird mit Milliardenbeträgen zu Hilfe geeilt.

Eine Krise kann man vielleicht mit dem einen oder anderen Mittelchen heilen. Hier haben wir es mit einem Krebsgeschwür zu tun, das konsequent behandelt werden muß.

Welchen Ausweg sehen Sie bzw. sieht Ihre Partei?

Die Zeit für einen radikalen Wandel ist da. Und der kann nur unter einer Überschrift stehen: „Verstaatlichung der Banken – jetzt!“ Nach Artikel 15 des Grundgesetzes ist dies durchaus möglich. „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“, heißt es dort. Nur das konsequente An-die-Kette-legen der Finanzströme kann einer weiteren Perverterierung auf dem Kapitalmarkt einen Riegel vorschieben.

Die anderen im Landtag vertretenen Parteien ha-



ben aber doch auch Anträge für eine Bereinigung der Situation gestellt ...

Sicher, aber schauen Sie sich die Wischiwaschi-Anträge doch einmal an. Da ist von „mehr Kontrolle“ die Rede, werden in Verlegenheits-Rhetorik alle möglichen Geldanlagen zum Teufel gewünscht, ist von einer Besteuerung größerer Finanztransaktionen ebenso die Rede wie von einer neuen Geschäftsethik.

Eins dürfen wir aber nicht vergessen: Die politische Klasse der BRD, und dazu gehören auch deren regionale Konkurswürstchen, hat

beifallsspendend zugesehen, wie phantastische Gewinne zum ausschließlichen Vorteil einer dünnen Oberschicht privatisiert wurden, und nun Hunderte von Milliarden entstandener Verluste der Gemeinschaft, sprich, den Steuerzahlern und Hartz-IV-Empfängern aufgebürdet werden.

Das „Finanzstabilisierungsgesetz“ des Bundes ist nichts anderes als ein „Zwangsabgabegesetz für Geringverdiener zur Auffüllung der Kassen von Zokern“, eine Notverordnung aus dem Hause Merkel, vorbei an den Parlamenten, ohne jedes Mitspracherecht

der Legislative, und das in einem Land, wo der Parlamentarismus, glaubt man offiziellen Darstellungen, einer heiligen Kuh gleicht. Hier hinein paßt auch die zeitweise gehegte Überlegung, Herrn Tietmeyer von der Bankrott-Bank Hypo Real Estate als Merkel-Berater mit ins Boot zu holen.

Ganz köstlich ist es auch zu wissen, daß der linke Lafontaine als Aufsichtsratsmitglied der KfW-Bank kräftig abkassiert, nach außen hin aber den Anwalt der kleinen Leute mimt – mehr ist zum Lebemann Genossen Oskar wohl nicht zu sagen, außer: Ob Grüne, Rote, Schwarze, Gelbe – ist doch eh all daselbe.

Welche Auswirkungen haben die Gaunereien auf M-V?

Auch wenn der neue Ministerpräsident, Herr SELLERING von der SPD, das Beben der Weltfinanzmärkte in seiner Regierungserklärung mit ein paar Nebensätzen abgetan hat, sind die Auswirkungen für die Menschen draußen sehr spürbar, gerade wenn sie Verantwortung für andere haben. Tausende kleine Handwerksbetriebe, aber auch die Werften und Autozulieferer fürchten, daß nicht gewährter Kredite zu noch stärkeren Engpässen führen, die in Schließungen und damit der Vernichtung weiterer Stellen gipfeln könnten.

Die Situation in Mitteldeutschland droht sich jetzt noch einmal zu verschärfen, da die Arbeitslosigkeit hier bekanntlich nach wie vor sehr hoch ist – denken Sie auch an die geschönten Ar-

beitsmarktzahlen. Gar nicht zu erwähnen bräuchte man die unverändert anhaltende Abwanderung.

Angesichts dieser Zusammenschau sollten die Damen und Herren Alt-Politiker doch einmal zum Schlosserei- oder Tischlerbetrieb um die Ecke gehen und dem Meister und seinen Gesellen erklären, warum die Bundesregierung mit Zustimmung der Länder ein 500 Milliarden Euro schweres Unterstützungsprogramm für Betrüger-Banken auf den Weg bringen konnte, derweil der redlich Schaffende sich bei Kreditwünschen schon vorher bis auf die Unterhose ausziehen mußte.

Wir Nationalen forderten deshalb im Landtag ein Sofortprogramm des Landes zur Stärkung der Kapitaldecke für kleine und mittlere Unternehmen, großzügige Steuererleichterungen für notleidende Handwerksbetriebe, die aufgrund hoher Außenstände in Engpässe gerieten, eine nachvollziehbare Aufklärungskampagne über Fördermöglichkeiten für Kleinbetriebe und Mittelständler, die Einführung eines Mindestlohnes von 8,80 Euro Brutto plus Inflationsausgleich sowie eine Bundesrats-Initiative der Landesregierung mit dem Ziel, endlich die EU-Zahlungen zurückzufahren, um die so frei werdenden Mittel zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe einzusetzen.

Bei diesen Forderungen bleibt es – die bisherige Entwicklung hat uns hier recht gegeben und sie wird uns auch weiter recht geben.

Alles wird teurer, nichts besser - darum:

Volksgesundheitskasse schaffen

So lautete der Titel des Antrages, der die Landesregierung aufforderte, über eine Bundesratsinitiative die Schaffung einer Volksgesundheitskasse auf den Weg zu bringen. Schon allein der Begriff sorgte für die einstudierten „demokratischen Reflexe“. Die Begründung des Antrages durch die NPD-Fraktion konfrontierte die Damen und Herren vom „demokratischen Block“ mit der Realität im Gesundheitssystem:

„Im derzeitigen, unterfinanzierten Gesundheitssystem gibt es noch zahlreiche Möglichkeiten, um Kosten zu sparen. Dazu zählen nicht zuletzt die immensen Verwaltungskosten, die die immer stärker ins Zentrum der aktiven Gesundheitspolitik rückenden Krankenkassen



verursachen. Die Krankenkassen werden heute mehr und mehr zum aktiven Gesundheitsversorger und damit zum Geschäftsunternehmen, das nicht nur das Allgemeinwohl und die Gesundheitspflege, sondern vor allem auch die Gewinnmaximierung zum Ziel hat.

Statt der unzähligen kleinen Krankenkassen, die aufgrund des ökonomischen Wettbewerbs nicht nur Fragen der Gesundheitsvorsorge im Auge haben können und die, jede für sich, hohe Verwaltungskosten produzieren, sollte eine Volksgesundheitskasse geschaffen werden. Unter staatlicher Führung stehend, ist mit ihr der Anspruch verbunden, allein dem Allgemeinwohl verpflichtet zu sein. Der Name Volksgesundheitskasse dokumentiert, daß diese Kasse ihr Handeln allein an der Gesundheit des Volkes orientiert. Ein solcher Schritt wäre angesichts einer durch Fremdleistungen im Sachwie im Humanbereich überstrapazierten Gesundheitspolitik ein deutliches Signal zur Solidarisierung in diesem Bereich.“

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

Damit die GKV ein gesundes Fundament bekommt, muß sie von den versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Jährlich gehen dem deutschen Gesundheitssystem dadurch Milliarden verloren.

Es gibt Staatsverträge, beispielsweise mit der Türkei und Ex-Jugoslawien, in denen geregelt ist, daß Familienangehörige von in Deutschland lebenden Ausländern auf Kosten des deutschen Gesundheitssystems versorgt werden. Und dabei zählt nicht etwa die Definition der Familie, wie sie in Deutschland üblich ist, sondern die Familienendefinition der Türkei und Ex-Jugoslawiens. Dadurch ist dafür gesorgt, daß nicht nur die Kinder familienversichert sind, sondern auch Eltern, Onkels und Tanten.



Einer zahlt - die ganze Sippe ist mitversichert.

In der Antragsbegründung heißt es darum: „Die gesetzlichen Krankenversicherungen sind von versicherungsfremden Leistungen zu befreien, damit sie ihrer eigentlichen Aufgabe, der Gesunderhaltung des Volkes, besser nachkommen können.“

Ob es dem „demokratischen Block“ um die Gesunderhaltung unseres Volkes geht, darf bezweifelt werden. Der Antrag wurde abgelehnt; die Forderung

nach Streichung von finanziellen Zuwendungen an das Ausland wurde als „Ausländerfeindlichkeit“ bezeichnet.

Die Etablierten leben in einer anderen Welt. Sie haben vielfach die Bodenhaftung verloren und bekommen daher von den „Segnungen“ des Gesundheitssystems nicht viel mit. Unter diesen Segnungen leiden aber die Menschen, die sich ihr Monatsgehalt nicht selbst festlegen können.



Ministerpräsidenten durch das Volk wählen!

Was macht man eigentlich als ehrgeiziger, aber blasser Politiker, der gern einmal Landesvater werden möchte? Die Monarchie und Erbfolge ist abgeschafft. Der Kandidat muß sich also in sein Schicksal fügen? Nicht so in Mecklenburg-Vorpommern.

Beste Beleg ist der steile politische Aufstieg des Erwin Sellering. Als Sozialminister, der gerade noch frech in den Geldbeutel der Blinden im Land gegriffen hatte, unbeliebt im Land, konnte er trotzdem mit viel Tamtam das höchste Amt antreten und freut sich nun über auskömmliche Bezüge.

Die SPD hatte schon befürchtet, sie würde nach dem Abtreten des alten Ministerpräsidenten Ringstorff keinen Fuß mehr auf die Erde bekommen, da kam die Inthronisierung Sellering gerade recht. Die CDU läßt sich ohnehin von Kommunisten und Sozialdemokraten auf der Nase herumtanzen und machte das Spiel mit.

Die NPD wollte diesem Geschiebe um die Macht ein Ende bereiten und forderte deshalb im Landtag die Direktwahl des Ministerpräsidenten durch das Volk. Daß dieser Vorschlag bei den Systemparteien nicht so gut ankam, konnte man ahnen.

Kündigungsschutz bei „Ein-Euro-Jobs“

Im Rahmen sogenannter Eingliederungs-Vereinbarungen werden von den Ämtern gern auch „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“, besser bekannt als „Ein-Euro-Jobs“, vergeben. Rechtliche Quelle ist § 16 (3) des zweiten Sozialgesetzbuches. Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden, sollen demnach die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Beschäftigungsgelegenheiten erhalten. Ein Arbeitsverhältnis im Sinne arbeitsrechtlicher Normen begründen sie aber nicht. Gewiß, zwar gelten die Vorschriften über Arbeitsschutz und Bundesurlaubsgesetz, wobei die Regelungen zum Urlaubsgeld keine Anwendung finden. Das wäre ja noch zu verschmerzen, nicht aber die den Maßnahmeträgern eingeräumte Möglichkeit,

die Beschäftigung jederzeit willkürlich zu beenden, ohne daß der Betroffene sich in irgendeiner Weise zur Wehr setzen könnte.

Die NPD forderte deshalb in einem Antrag, in den genannten Paragraphen einen Passus aufzunehmen, der den Schutz der zu Arbeitsgelegenheiten verpflichteten

Leistungsbezieher vor willkürlichen Kündigungen beinhaltet. Da das SGB-Werk aber ein Bundesgesetz darstellt, wäre auch hier eine Bundesrats-Initiative der Landesregierung vonnöten gewesen. Doch verweigerten die übrigen im „Hohen Hause“ vertretenen Kräfte einen entsprechenden Landtagsbeschluss.



Öffentliche Rechtsberatung

Fragen und klagen? Klar, kannst du, nur ist dafür bald ein Eintrittsgeld fällig. Tatsächlich sind Bestrebungen im Gange, mit denen der Zugang zur Beratungshilfe mittels Gebührenerhebung erschwert werden soll. Gleichzeitig bieten einige Amtsgerichte in M-V in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer eine kostenlose Rechtsberatung an. Was liegt da näher, als den bereits vorhandenen, landeseigenen Grundstock so auszudehnen, daß er flächendeckenden Charakter annimmt, somit jedem Bürger zugänglich ist und natürlich genau jene Leistungen der heutigen Beratungshilfe erbringt.

„Öffentliche Rechtsberatung statt Beratungshilfe“



Alleingelassen

lautete das entsprechende Motto eines NPD-Antrages, in dem gefordert wurde, die vielversprechenden Ansätze zu einem Strom zu vereinen.

Um ganz sicher zu gehen, schlugen die Nationalen die Inanspruchnahme einer Sonderregelung vor, die heute schon in Ansätzen für Hamburg, Bremen und Berlin gilt: Dort tritt die öffentliche Rechtsberatung entweder an die Stelle der (bald kostenpflichtigen?) Beratungshilfe oder es besteht, so in Berlin, die Wahlmöglichkeit. Dazu wäre eine Bundesrats-Initiative der Landesregierung vonnöten gewesen, doch verweigerten die volksvergessenen Blockparteien dem richtungsweisenden Vorstoß der NPD ihre Zustimmung.

Die Wahrheit tut weh

Anti-Germanismus bekämpfen

Die NPD-Fraktion brachte den Antrag „Antigermanismus bekämpfen“ in den Landtag ein, Systemparteien, Landtagsverwaltung und Presse tobten. Warum eigentlich? Billigt man den Deutschenhaß, der sich im Zuge der massiven Überfremdung fast ungehindert ausbreitet?

Mit Ordnungsrufen und anderen Willkür-Maßnahmen – der NPD-Redner Tino Müller wurde, weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahm, von drei Sitzungstagen ausgeschlossen – sollte verhindert werden, daß öffentlich wird, wie sich die real existierende multikulturelle Gesellschaft in ganz Europa darstellt.

gegen Deutschland im Jahr 1933 oder die Ermordung Wilhelm Gustloffs 1937 oder Ernst vom Rath 1938 – alles Dinge, die aus dem Haß gegen Deutschland motiviert waren – die Reaktion der deutschen Bevölkerung beeinflusst haben, darf in diesem Land noch nicht einmal gestellt werden.

Dieses Frageverbot sowie die hysterischen Reaktionen der Landtagspräsidentin Bretschneider werden jedoch viele Menschen zum Nachdenken bewegen. Bei diesem Tagesordnungspunkt mußten gleich drei NPD-Redner ans Pult: Tino Müller, Raimund Borrmann und Stefan Köster.

Daß Haß immer nur auf lange Sicht Haß erzeugt und in der Geschichte erzeugt hat, sollte im Landtag erst gar nicht zur Sprache kommen. Für die Vertreter der Systemparteien hatten die Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Gotteshäuser in Deutschland vor 70 Jahren wohl nur eine Ursache: Die kriminelle Energie der Deutschen in dieser Zeit.

Die Frage, ob etwa die Kriegserklärung des Jüdischen Weltkongresses



Hier sprechen wir!

www.npd-fraktion-mv.de

Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am treffendsten.

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

INFO-GUTSCHEIN

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Jahrgang

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

Bitte senden Sie mir das Themenheft zum Kinderschutz zu.



NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Vergiftete Nahrungsmittel NPD-Fraktion wehrt sich gegen Nano-Partikel

Beim Thema Volksgesundheit schalten die „Demokraten“ immer auf Durchzug. Ob es um Anträge zur Gentechnik oder um Fragen des Einsatzes der sogenannten Nano-Technologie in Lebens- und Arzneimitteln geht, alle Anträge der NPD-Fraktion wurden abgelehnt.

Dabei weisen kritische Wissenschaftler besonders auf die möglichen Risiken der Technologie hin. Völlig harmlose Stoffe können als Nano-Partikel im menschlichen Körper aggressiv und zerstörend wirken. Allein dieses Risiko für den Menschen sollte reichen, um den Einsatz der Technologie bei Lebens- und Arzneimitteln zu untersagen. Aber die Vertreter vom „demokratischen Block“ denken gar nicht daran, in dieser

Richtung aktiv zu werden. Das Vorsorgeprinzip scheint für sie keine Bedeutung zu haben, auch wenn es in der zentraleuropäischen

Rechtstradition eine bedeutende Stellung einnimmt.

Bis zum Beweis der Gefährlichkeit sollte der Einsatz bestimmter Stoffe und Technologien untersagt werden, um unberechenbare Risiken von Mensch und Natur abzuwenden. Die selbsternannten Demokraten verfahren aber so, wie es in Amerika üblich ist. Bis zum Beweis von Schäden und negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind dort alle Mittel, Stoffe und Technologie erlaubt.

Die NPD-Fraktion hingegen wird auch weiterhin eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und Arzneimittel, die mit Hilfe der Nano-Technik verändert worden sind, fordern.

